

Schwarz, rot und violett

Sozialismus im Blickfeld von
Nationalkirchen

Italien: Keine Brücke

Ein klares „Nein“ zum Marxismus wie auch zur gesetzlichen Freigabe der Arbeitung hat die *Arbeiterbewegung in der Katholischen Aktion Italiens (ACLI)* in einem Dokument am 7. März in Rom zum Ausdruck gebracht.

Die Mitglieder des Exekutivkomitees, die das Dokument unter Stimmhaltung von etwa 30 Prozent der rund 500 000 Mitglieder zählenden Vertreter des linken Flügels akzeptierten, beriefen sich bei den beiden genannten Punkten ausdrücklich auf die Erklärung des *Ständigen Rates der Italienischen Bischofskonferenz* vom 13. Dezember 1975. Beobachter werten das Dokument daher als einen Versuch, den seit der „Pro-Sozialismus-Entscheidung“ der *ACLI* vom August 1970 in der Hierarchie Italiens bestehenden Verdacht einer Marxismus-Neigung der *ACLI* auszuräumen. Der Marxis-

die zwei möglichen Aspekte der Betrachtung des Marxismus sich gegenseitig ergänzen: *erstens* der Aspekt derer, die, ob Christen oder nicht, im Marxismus einen Beziehungspunkt oder eine Verheißung sehen; *zweitens* der Aspekt, demzufolge christlicher Glaube und marxistische Ideologie einander widersprechen.

Der *Ständige Rat* hat damit offensichtlich klarstellen wollen, daß die Kirche zum Gespräch mit denen bereit sein müsse, die für den Sozialismus optiert haben, daß aber andererseits die materialistische Ideologie mit dem Glauben unvereinbar sei. In der ausführlichen Diskussion über dieses Thema hatte Bischof Matagrín darauf hingewiesen, daß er in persönlicher Verantwortung Stellung genommen habe. Es sei ihm darum gegangen, im Sinne des Papstes deutlich zu machen, daß eine Kultur, die vom *praktischen* Materialismus der Konsumgesellschaft oder vom *ideologischen* Materialismus des Marxismus geprägt werde, unempfindlich sei für die Heilsbotschaft. Die Erklärung Matagríns, wonach der Marxismus in eine totalitäre Automatik münde, waren in linkskatholischen Kreisen Frankreichs kritisch aufgenommen worden. Noch in der vergangenen Woche hatte sich die *Katholische Arbeiteraktion (ACO)* gegen die Äußerungen des Bischofs gewandt, um so

mus sei — wie die *ACLI* jetzt feststellte — „als eine zum Totalitarismus führende und auf einer weltimmanenten materialistischen Philosophie aufbauende Ideologie und Weltanschauung unvereinbar mit dem christlichen Menschen- und Geschichtsbild“. Daraus ergebe sich der Schluß, daß die *ACLI* „weder marxistisch ist noch sein kann und daß sie auch kein Instrument darstellt, das den Übertritt von Katholiken zum Marxismus erleichtert“.

K. N.

Frankreich: Zwei Seiten

Der *Ständige Rat* der französischen Bischofskonferenz hat sich unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Marseille, Roger Etchegaray, erneut mit dem Verhältnis von Christentum und Marxismus beschäftigt. Dies ist bemerkenswert. Nachdem sich sowohl Etchegaray als auch sein Stellvertreter, Gabriel Matagrín, Bischof von Grenoble, in ihren jeweiligen Diözesanblättern nachdrücklich gegen die marxistische Ideologie gewandt hatten, ist vom *Ständigen Rat* des Episkopats jetzt ein demgegenüber auffallend ausgeglichenes Kommuniqué veröffentlicht worden. Darin wird betont, daß

mehr, als Matagrín nicht als ein ideologischer Antikommunist gilt. Er hatte die Gläubigen vor einer Lehre, die der menschlichen Person keinen absoluten Charakter zuerkennt, gewarnt. Es sei dem Kommunismus unmöglich, die Freiheit und die freiheitlichen Rechte in der Theorie zu begründen und in der Praxis zu garantieren. Die Theorie des Klassenkampfes werde von den Kommunisten als entscheidender Faktor des Fortschritts in der Geschichte betrachtet. Es käme aber vor allem darauf an, den Teufelskreis der Gewalttätigkeiten zu durchbrechen, wenn nicht neuer Totalitarismus triumphieren soll. Matagrín: „Der Marxismus bringt den Spannungszustand einer sterbenden Zivilisation zum Ausdruck, versperrt jedoch zugleich den Ausweg.“

Spanien: Für Pluralismus

Wird Spanien sich, wenn es darf, „sozialistisch“ entscheiden? Nichtoffizielle Befragungen haben ergeben, daß sich bei einer Wahlbevölkerung von etwa 16 Millionen je 25 Prozent für verschiedene Formen der Sozialdemokratie und für Formen der Christdemokraten entscheiden werden. Die verschiedenen Richtungen unter den kommunistischen Parteien erhielten zusammen nur 10, den gleichen Prozentsatz jeweils die liberalen Monarchisten und auch die Anhänger Francos, die regionalen Parteien kamen auf fünf Prozent.

Und wie steht es mit Spaniens Kirche? Die Mehrheit des spanischen Klerus ist konservativ. Die extremste Gruppe ist zweifellos die „Hermandad sacerdotal“ (Priesterliche Bruderschaft), die ganz rechts steht und integralistisch ist. Für sie ist die augenblickliche Lage apokalyptisch.

Den äußersten Gegensatz zu ihnen bilden einige wenige Gruppen von Priestern, die dem Marxismus nahestehen. In einigen Fällen sind Priester sogar aktive Mitglieder von kommunistischen Parteien. Sie finden im Episkopat keine Stütze, während die rechtsgerichtete Gruppe von einigen Bischöfen unterstützt wird.

Dagegen gibt es einige Gruppen, die mehr oder weniger mit dem Episkopat im Zusammenhang stehen, wie „Justitia et Pax“ oder die „Arbeiterbruderschaft der katholischen Aktion“ (HOAC), die eine stark sozial ausgerichtete Linie vertreten und sich gegen den Kapitalismus wenden.

Spaniens Bischöfe beendeten ihre Vollversammlung am 28. Februar mit einer klaren Verurteilung des Marxismus und der Erklärung, daß auch ein nicht-marxistischer Sozialismus nur unter bestimmten Bedingungen für die Kirche akzeptabel sei.

Als gewichtigste der Äußerungen werten Beobachter die Erklärung der Bischöfe zu der Bewegung „Christen für den Sozialismus“, die sich nach Auffassung der Oberhirten in einen Gegensatz zur Hierarchie manövriert hat. Diese Bewegung benutze, wie es heißt, zum Teil marxistische Methoden und versuche, einen ideologischen Brückenschlag zum Marxismus herzustellen. Zwar bedürfe auch der „Kapitalismus“ ständiger Reformen, um soziale Gerechtigkeit und eine ausgewogene Güterverteilung

herbeizuführen und um den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen, betonten die Bischöfe, dies dürfe aber nicht auf dem Wege eines marxistischen Klassenkampfdenkens und über eine prinzipielle Ablehnung des Privateigentums an Produktionsmitteln geschehen.

Ansonsten billigten die spanischen Bischöfe in ihrer Erklärung über „innerkirchliche Spannungen“ ausdrücklich einen Pluralismus der Auffassungen, der von gegenseitiger Toleranz gekennzeichnet sein müsse, um die bestehenden Spannungen abzubauen.

Ungarn: Aus dem Boden gekrochen?

Es mehren sich jene Marxisten, die die Bereitschaft und die Hingabe der Kirche im Interesse des Mitmenschen und der besseren menschlichen Gesellschaft nicht mehr bezweifeln. Man kann aber auch unter Marxisten nach wie vor Äußerungen über die Überflüssigkeit und Schädlichkeit und menschliche Inhaltslosigkeit des Glaubens hören. Die Gläubigen werden beleidigt, wenn man ihnen unterstellt, rückständig und kindisch zu sein und noch in der Märchenwelt zu wandeln. Mit Argumenten dieser Art will man verschiedentlich Eltern von der religiösen Erziehung ihrer Kinder abhalten. Warum können die Gläubigen nicht das gleiche Recht zur Mitarbeit an einer glücklicheren Zukunft des Volkes haben wie ihre nichtglaubenden, sich zur wissenschaftlichen Weltanschauung bekennenden Landsleute? Warum sollten sie nicht vollwertige Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft sein? Auf diese Frage muß eine „wahrhaftige und gerade Antwort“ gegeben werden, weil allerlei Schminkereien oder auch Schweigen darüber nur schädlich sind.

Diese mit Fragen gespickten Feststellungen veröffentlichte der Sekretär der Ungarischen Bischofskonferenz, Bischof Jozef Cserhati, in der ungarischen Zeitschrift „Vigilia“. Er vertrat die These vom aufrichtigen Dialog in Kirche, Staat und Gesellschaft.

Das zweite Vatikanische Konzil, das die Erstarrung in der Doktrin und Disziplin der Kirche überwinden wollte und sich zur Solidarität der Kirche mit der menschlichen Gemeinschaft bekannte, hat dazu die wesentlichen Impulse gegeben. Der Kirche stellen sich in der Gegenwart „große Reinigungsaufgaben“. Die „Formalisten“, die sich im Glaubensleben und in der Kirche selbst entwickelt haben, müssen ebenso liquidiert werden wie die zu Gewohnheiten „versteinerten inhaltslosen Hülsen“ und die aus der Institutionalität der Kirche stammenden „dogmatischen Steifheiten“.

Innerkirchliche Selbstkritik ist unerlässlich. Sie muß zur schonungslosen Ausmerzung aller triumphalistischen Thesen und Anschauungen in der Kirche führen. Eine „weitere wichtige Forderung der Selbstkritik“ ist, daß „wir“ die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit einsehen und daß mit Fehlentwicklungen „endgültig abgerechnet“ wird. „Wenn notwendig, dürfen wir auch von einer objektiven Verurteilung der katholischen Hierarchie nicht zurückschrecken.“ Wir können der heutigen Welt

nichts sagen, wenn wir nicht den Mut aufbringen, auszusprechen, welches die Sünden der früheren sozialen Strukturen, des Feudalismus und Kapitalismus, waren. Marxisten, Sozialisten und Kommunisten sind ja schließlich „nicht vom Himmel gefallen oder aus dem Boden gekrochen — sie sind das ‚Produkt‘ des christlichen Europa“.

Die Selbstkritik kann jedoch als Voraussetzung des Dialogs nicht allein auf die Kirche beschränkt bleiben. „Der gläubige Mensch erwartet selbstverständlich Selbstreflexion und Selbstkritik auch von denen, mit denen er zusammenlebt und zusammenzuarbeiten wünscht.“ Auch der „Selbstkritik des Sozialismus“ bleibt für heute und morgen noch viel zu korrigieren übrig“. Ein wesentliches Element, das die Christen von „der zum Dialog bereiten marxistischen Selbstreflexion erwarten“, ist das aufrichtige Akzeptieren des Pluralismus und seiner Konsequenzen. K. N.

Peru: Mitbestimmung des Volkes

Die katholische Kirche in Peru hat auf ihr Recht und ihre Pflicht hingewiesen, das von den regierenden linken Militärs verkündete nationale Programm der peruanischen Revolution kritisch zu begleiten. Das von einer bischöflichen Kommission erarbeitete und „Mitbestimmung des Volkes aus christlicher Sicht“ überschriebene Dokument nimmt ausführlich zu dem „schwierigen Weg der Reform politischer und sozialer Strukturen“ Stellung. Im Land selbst hat das Papier wegen seiner positiven Beurteilung des Regierungsprogramms und den zugleich unverblümt geäußerten Bedenken beträchtliches Aufsehen erregt.

„Die Kirche hat den unmenschlichen Charakter des Kapitalismus denunziert, in dem der einzelne ohne soziale Verantwortung nach Vorteil und Nutzen strebt. Sie hat auch auf die Möglichkeit sozialistischer Modelle aufmerksam gemacht, sofern diese fundamentale Werte wie Freiheit, Verantwortung und Religion respektieren“, heißt es. So wersetze sich die Kirche in keiner Weise jenen Reformen, die den Arbeitern Zugang zu Mitbestimmung und dem Kapital der Unternehmen verschaffen und die Landarbeiter zu Besitzern des Grundes und Bodens machen, den sie bearbeiten. Jedoch machen die Bischöfe darauf aufmerksam, daß sich in Peru bereits Gefahren „auf dem Weg, der für viele Völker ein Weg der Hoffnung ist“, abzeichnen. So drohe die gegenwärtige Konzentration der staatlichen Macht den Willen des Volkes zu ersticken, und dies in einem Prozeß, an dessen Ende die Herrschaft des Volkes, die Demokratie, stehen solle. „Die wirkliche Befreiung des peruanischen Volkes kann nur dann stattfinden, wenn das Volk verantwortlich daran beteiligt wird ... Die Machtfülle könnte sonst zu einer totalitären Politik der Unterdrückung führen ... Unbedingt erforderlich ist die Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen — vor allem der am meisten Unterdrückten und Ausgebeuteten — an dem Befreiungsprozeß, sofern wirklich ein Sozialismus, humanistischer und christlicher Prägung, Licht werden soll.“ K. N.